

Stand: 04.02.2026 10:23:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3720

"Kitas, Schulen, Busse, Krankenhäuser - Bayerns Kommunen am Limit: mehr Finanzmittel jetzt!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3720 vom 23.10.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 24.10.2024
3. Beschluss des Plenums 19/3850 vom 05.11.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 32 vom 05.11.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Kitas, Schulen, Busse, Krankenhäuser – Bayerns Kommunen am Limit: mehr Finanzmittel jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur Solidarität mit den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken in Bayern, die herausragende Arbeit für die Menschen vor Ort leisten. Er stellt fest, dass die Kommunen vor immer mehr Aufgaben und Herausforderungen stehen und der Freistaat verpflichtet ist, sie angemessen auszustatten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in den bevorstehenden Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2025 die großen Belastungen der Kommunen anzuerkennen, ihnen einen deutlich höheren Finanzausgleich als für 2024 anzubieten und in der Folge einen Gesetzentwurf zum Bayerischen Finanzausgleichsgesetz vorzulegen, der die Anhebung der Verbundquote auf mindestens 15 Prozent sowie die Senkung des kommunalen Krankenhausinvestitionskostenfinanzierungsanteils auf ein Drittel vor sieht.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, dem Landtag schriftlich und im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mündlich über die Analyse und die (geplante) Reaktion auf das Schreiben des Bayerischen Bezirketages an Ministerpräsident Dr. Markus Söder vom 11.10.2024 über die prekäre Entwicklung im sozialen Bereich zu berichten. Dabei ist insbesondere auf die aufgezeigten Handlungsmöglichkeiten des Freistaates zur Unterstützung der Bezirke einzugehen.

Begründung:

Kitas, Schulen, Busse, Krankenhäuser – unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke kümmern sich um die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Sie leisten hervorragende Arbeit, sind aber an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit. Kommunen müssen immer mehr Aufgaben übernehmen – zum Beispiel für die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder oder für die Krankenhausfinanzierung. Gleichzeitig besteht ein enormer Sanierungsstau etwa bei Schwimmbädern, Straßen oder Feuerwehrhäusern. Die kommunalen Finanzen sind in einer Schieflage. Die Einnahmen stagnieren, während die Ausgaben davongaloppieren. Aktuell sorgen neben der Ganztagsbetreuung und der Krankenhausfinanzierung insbesondere die Finanzierung des ÖPNV und Maßnahmen zur Klimaanpassung für Haushaltslücken. So beläuft sich der negative Finanzierungssaldo nach Angaben der kommunalen Spitzenverbände zum Ende des ersten Halbjahrs bereits auf über 5 Mrd. Euro, was auch weiterhin das höchste Defizit der Flächenländer bedeutet. Damit steuern die bayerischen Kommunen im Jahr 2024 auf ein neues Rekorddefizit zu, während der Freistaat das Haushaltsjahr 2023 ohne Defizit abschloss.

Der Präsident des Landkreistages warnt gar vor einem Ende der kommunalen Selbstverwaltung. Der Freistaat ist in der Verantwortung, seine Kommunen gut auszustatten, damit sie ihre Aufgaben weiterhin verantwortungsvoll wahrnehmen können.

Am 04.11.2024 findet das Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich statt. Das Volumen 2024 betrug 11,4 Mrd. Euro und blieb damals schon hinter den Erwartungen der kommunalen Spitzenverbände zurück. Angesichts der Herausforderungen, vor denen unsere Kommunen stehen, muss das Volumen 2025 deutlich steigen. Der Freistaat muss sie mit voller Kraft unterstützen. Andernfalls drohen nicht genehmigungsfähige Haushalte und eine Aufgabenpriorisierung in den Kommunen; die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse würde in weite Ferne rücken. Die Staatsregierung soll in den Verhandlungen daher auch die Anhebung der Verbundquote auf 15 Prozent sowie die Senkung des kommunalen Krankenhausfinanzierungsanteils auf ein Drittel ankündigen. Ein Gesetzentwurf zur entsprechenden Änderung von Art. 1 Abs. 1 S. 1 BayFAG und Art. 10b Abs. 1 S. 1 BayFAG ist dem Landtag schnellstmöglich zuzuleiten. Die Erhöhung der Verbundquote würde den Kommunen – abhängig vom tatsächlichen Steueraufkommen – ca. 2 Mrd. Euro Mehreinnahmen gewähren. Die Senkung des kommunalen Krankenhausfinanzierungsanteils (bisher: 50 Prozent) ist insbesondere notwendig, weil viele Landkreise und kreisfreie Städte als Krankenhasträger mit großen finanziellen Problemen zu kämpfen haben und verzweifelt versuchen, ihre Häuser zu erhalten bzw. für die Zukunft fit zu machen.

Der Bayerische Bezirkstag hat mit einem Brandbrief an den Ministerpräsidenten auf seine prekäre Lage im sozialen Bereich aufmerksam gemacht. Er appelliert, „schnellstmöglich Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um dieser äußerst prekären Entwicklung, die das Potenzial hat, das Land und die Gesellschaft nachhaltig zu spalten, aktiv entgegen zu wirken. Ohne eine deutliche Anhebung der staatlichen Zuweisungen an die Bezirke für die mit individuellen Rechtsansprüchen hinterlegten sozialen Leistungen der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege im anstehenden Kommunalen Finanzausgleich 2025 werden die Bezirke bereits für das kommende Jahr aus eigener Kraft vielerorts keine genehmigungsfähigen Haushalte mehr aufstellen können.“ Der Bezirkstag zeigt ferner Handlungsmöglichkeiten des Freistaates auf (u. a. Konversion von Komplexeinrichtungen, Landespflegegeld), um die Bezirke zu entlasten. Über den Brandbrief, dessen Hinweise und Forderungen, sowie den Umgang damit seitens der Staatsregierung ist zu berichten.

Der Freistaat ist nach Art. 83 Abs. 2 S. 3 Bayerische Verfassung verpflichtet, den Gemeinden im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung zu gewähren. Angesichts der verzweifelten Hilferufe der kommunalen Familie ist dieser Anspruch derzeit nicht erfüllt. Jüngste Krisengespräche mit CSU und FREIE WÄHLER endeten dennoch ohne konkrete Finanzierungszusagen. Die SPD-Fraktion als Anwalt der Kommunen sieht die verfassungsmäßigen Rechte der Kommunen und die Daseinsvorsorge in Bayern als gefährdet an. Die Finanzausstattung der Kommunen muss daher dringend deutlich verbessert werden.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Franc Dierl

Abg. Patrick Grossmann

Abg. Jörg Baumann

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Markus Striedl

Abg. Florian von Brunn

Abg. Andreas Birzele

Staatssekretär Martin Schöffel

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
Kitas, Schulen, Busse, Krankenhäuser - Bayerns Kommunen am Limit: mehr Finanzmittel jetzt! (Drs. 19/3720)

Ich bitte Sie, die Geräuschkulisse zu reduzieren und Ihre Plätze wieder einzunehmen. Das gilt auch für die Mitglieder des Kabinetts. – Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank, dass Sie es mir trotz der Dichte der heutigen Sitzung ermöglicht haben, dass ich noch zu unserem Dringlichkeitsantrag reden kann. Der Dringlichkeitsantrag ist ja sehr wichtig; denn unsere Kommunen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie gestalten das Leben vor Ort, kümmern sich um Kitas, Schulen, den öffentlichen Nahverkehr, die Gesundheitsversorgung. An dieser Stelle darf ich die Freiwillige Feuerwehr Pfersee aus dem Stimmkreis von Anna Rasehorn sehr herzlich erwähnen; es geht heute also auch um die Feuerwehr.

(Beifall bei der SPD – Anna Rasehorn (SPD): Sehr gut! – Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte die Geräuschkulisse etwas reduzieren.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Gerade weil die Kommunen Herausragendes leisten müssen, kommen sie immer häufiger an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Die finanziellen und personellen Anforderungen, die heute an unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke gestellt werden, sind immens. Die Ausgaben für Ganztagsbetreuung, Krankenhausfinanzierung, ÖPNV und Maßnahmen zur Klimaanpassung sowie zur Unterbringung von Asylsuchenden steigen, während die Einnahmen seit vielen Jahren stagnieren.

(Zuruf: Warum denn?)

Die Haushaltsmittel reichen nicht mehr aus. Bei den stark steigenden Ausgaben schlagen vor allem die höheren Personalausgaben mit 11 %, die Sozialausgaben mit 15 %, die Bauausgaben mit 8 % zu Buche. Bereits im Jahr 2023 mussten die bayerischen Kommunen ein Defizit von 2,5 Milliarden Euro verzeichnen. Diese Entwicklung hat sich verschärft. Das Defizit liegt im ersten Halbjahr 2024 bereits bei 5 Milliarden Euro.

Es wird uns als Landtag vorgehalten: Ihr macht keine Schulden. Wir müssen die Schulden machen. – Mit "wir" meine ich die Kommunen, Bezirke, Gemeinden. Im Endeffekt beißen die Hunde immer die Letzten. Das sind die Gemeinden. Sie sind die Ersten und die Letzten, weil sie ja die Kreis- und die Bezirksumlage finanzieren. Deshalb ist ein echter Finanzausgleich, der den Kommunen wieder Raum zum Atmen lässt, einfach überfällig.

Am 4. November 2024 – also bald – steht das Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich zwischen dem Freistaat und den kommunalen Spitzenverbänden an. Wir fordern von der Staatsregierung, dass sie die hohen Belastungen der Kommunen anerkennt, wertschätzt, was die Kommunen tun, und einen deutlich höheren Finanzausgleich statt der bisher vorgesehenen Mittel in Höhe von 11 Milliarden Euro für 2025 bereitstellt. Da ist schon ein Plus eingerechnet.

Besonders wichtig ist die Anhebung der Verbundquote beim allgemeinen Steuerverbund von 12,75 %. Dieser Wert wurde seit 2013 nicht mehr angepasst. Ich betone aber, es handelt sich hier um Prozentzahlen. Nun soll der Wert endlich einmal auf 15 % steigen.

Wir fordern auch die Senkung des kommunalen Finanzierungsanteils am Krankenhaus von aktuell 50 % auf ein Drittel. Viele Kommunen kämpfen, wie wir heute vernommen haben, um den Erhalt ihrer Krankenhäuser. Eine Anpassung ist notwendig, um sie finanziell zu entlasten und zukunftsfähig zu machen.

Wichtig wäre auch, dass der Freistaat Bayern bei den Kommunen endlich seine Schulden begleicht, und zwar sofort. Der Freistaat Bayern soll die Kommunen nicht im Regen stehen lassen und sagen, ihr bekommt euer Geld irgendwann, vielleicht nächstes Jahr, vielleicht übernächstes Jahr. Im Bescheid steht ja drin, ihr bekommt Geld, sobald welches da ist.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Kommunen sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit und brauchen die Unterstützung jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich brauche dazu keine Haushaltsausschusssitzung oder sonst etwas, sondern wir haben viele Töpfe, die nicht ausgeschöpft werden. Man muss sagen, das ist gut, das ist nicht schlecht. Wenn es den anderen deswegen aber schlecht geht, dann ist es doch wieder schlecht.

Ich bin heute sehr enttäuscht von der ganzen Diskussion ums Krankenhaus gewesen. Die Kommunen haben sich heute erhofft, dass man sich hinstellt und sagt, wir packen die Wundertüte aus. Ich sage es einfach einmal so.

(Michael Hofmann (CSU): Genau, ihr denkt an Wundertüten! Gescheitere Politik machen solltet ihr!)

Das haben sich die Kommunen erhofft und haben gedacht, jetzt kommt die Frau Ministerin und sagt endlich, wie dieser Verlust gedeckt werden kann. – Nichts ist passiert: sieben Punkte, Bericht, Bericht, Bericht. – Nein, wir wollen Tat, Tat, Tat. Das wollen wir haben und nicht wieder einen Bericht.

(Beifall bei der SPD – Anna Rasehorn (SPD): So schauts aus!)

Wir sind deshalb auch dem Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach – Entschuldigung, Dr. Karl Lauterbach –

(Anna Rasehorn (SPD): So viel Zeit muss sein! – Johannes Becher (GRÜNE): Professor! – Zurufe von der CSU: Oje!)

sehr dankbar, dass er die notwendige Anpassung auf Bundesebene macht und sich nicht wie die Bayerische Staatsregierung verkriecht.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Dass man dem dankbar ist, ist eine Katastrophe! Das ist ein Widerspruch in sich! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das lässt tief blicken!)

Wenn ihr auf das Krankenhauswesen schimpft, dann habt einmal den Mut, den Leuten vor Ort, die sich fürs Krankenhauswesen einsetzen, zu sagen, dass das die Reform von Horst Seehofer war. Es war Herr Seehofer, und ich finde das gut, weil seine damalige Reform ja sehr lange gehalten hat; das muss man an der Stelle auch einmal sagen. Aber irgendwann muss sie reformiert werden, und jetzt sind wir so weit.

Wenn der Lauterbach sagt, ich mache nichts mehr – –

(Andreas Winhart (AfD): Dr. Lauterbach! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Professor!)

– Danke, Dr. Lauterbach. – Wenn der sagt, er macht nichts mehr, dann geht ihr zu den Landräten und sagt, ihr könnt eure Schulden in Zukunft selber tragen. Das ist uns wurscht. – So kann man doch nicht arbeiten, Leute.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen doch versuchen, hier gemeinsam eine Lösung zu finden, um die Krankenhausplanung zukunftsfähig zu gestalten. Wir haben es ja heute wieder gehört: Verantwortung haben wollen, aber sie nicht tragen und nichts machen. Ja, wo sind wir denn! – Die Ministerin hat zu mir gesagt, mit der Krankenhausplanung werde es stark vorangehen.

(Unruhe)

Und was macht sie? – Nichts, sie hat wieder irgendeinen Plan.

(Petra Guttenberger (CSU): Rumgepolter war noch nie ein Zeichen von Qualität!)

Hohes Haus, die Verantwortung endet nicht bei den Gemeinden, bei den Städten und bei den Landkreisen, die ich jetzt überwiegend genannt habe. Die Verantwortung liegt auch bei den Bezirken. Jetzt könnt ihr und können Sie sagen: Was wollen denn die Bezirke? Die haben Planungen vorgelegt, sie haben Vorschläge gemacht. Wir würden gerne wissen, wie die Staatsregierung denn darüber denkt und was sie hier machen will. Soll es wirklich zum sozialen Kahlschlag kommen? Ist es das, was wir wollen?

Nein, ich unterstelle das niemandem hier im Hohen Haus. Wir wollen gemeinsam für die Rechtsansprüche im Sozialbereich kämpfen. Wir werden deshalb auch – da können wir machen, was wir wollen – den Bezirken helfen müssen. Wir müssen sie retten. Wir müssen gemeinsam nach unserem verfassungsmäßigen Auftrag, unseren verfassungsmäßigen Pflichten dafür sorgen, dass die Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel bekommen. Darüber müssen wir nachdenken. Ich weiß auch, dass das nicht einfach wird.

Die SPD sieht sich aber als Anwalt der Kommunen und der Menschen vor Ort. Wir werden dafür kämpfen, dass sie genügend Luft zum Atmen im Finanzbereich haben. Wir werden hier gemeinsam – ich hoffe auch auf Ihre Unterstützung – nach einer Lösung suchen, die die Kommunen einfach wieder auf gesunde Beine stellt.

(Beifall bei der SPD – Anna Rasehorn (SPD): Eine sehr gute Rede!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Scheuenstuhl. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Franc Dierl, CSU-Fraktion.

Franc Dierl (CSU): Herr Kollege Scheuenstuhl, Sie haben eindrucksvoll dargestellt, dass Sie ein Kämpfer gegen Windmühlen und für die Kommunen sind. Ich unterstelle einmal, wir alle hier haben die Kommunen im Auge.

Jetzt sind wir beim eigentlichen Kernproblem: Sie haben darüber gesprochen, was alles bezahlt werden muss, welcher Finanzbedarf da ist. Aber Ihre Partei hat zu verantworten, dass wir heute eine Steuerschätzung haben, die für diesen Staat 58 Milliarden Euro Minus bedeutet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

58 Milliarden Euro Minus für die Bundesrepublik Deutschland! Sie können herunterbrechen, was das für die Länder bedeutet und was das für die Kommunen bedeutet. Wir haben ein Einnahmenproblem, lieber Herr Scheuenstuhl. Wir müssen erst etwas einnehmen; dann können wir auch etwas verteilen. Ich weise Ihre Kritik heftig zurück. Sie tun so, als würde die CSU und als würde diese Regierung nicht für die Kommunen kämpfen. Das tun wir in einem erheblichen Maße. Aber erklären Sie doch einmal, wie wir die 58 Milliarden Euro auffangen, die Ihre Partei federführend zu verantworten hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Harry Scheuenstuhl (SPD): Bleiben wir einmal beim Krankenhaus: Ich kann mich daran erinnern, dass es zum Beispiel Gesundheitsminister gab, die Ihrer Partei angehört haben. Wo ist Ihre Verantwortung dafür, dass es so schiefgelaufen ist?

(Beifall bei der SPD – Unruhe – Zurufe von der CSU)

Wo sind Sie denn gewesen? Wo haben Sie erklärt, wie die Krankenhäuser finanziert werden? Sie haben sich verkrochen, machen nichts und maulen nur. Das ist Ihre Politik. Wenn Sie jetzt die Milliarden – –

(Michael Hofmann (CSU): Angsthasenrede! Er kapituliert vor der Frage! – Unruhe)

Ich habe jetzt ein bisschen für Ruhe sorgen müssen; sonst verstehen Sie mich nicht.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wir verstehen Sie sehr wohl! – Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Herr Kollege, ich habe Sie vorhin fast gar nicht verstanden. Ich habe das Minuszeichen natürlich auch gehört. Ja, es gibt Zeiten, in denen man viel Geld ausgeben kann, und es gibt Zeiten, in denen man sparen muss. Das stimmt.

(Unruhe – Zurufe von der CSU)

– Sie waren auch Bürgermeister, oder?

(Zuruf von der CSU: Nein!)

– Waren Sie nicht, aber ich. Ich weiß, was es heißt, auch einmal zu sagen: Nein, das geht nicht.

Wenn wir gemeinsam – das ist noch einmal mein Appell – dafür sorgen –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Scheuenstuhl. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Harry Scheuenstuhl (SPD): – dass jetzt Schluss ist, dann können wir irgendwann heimgehen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und bis zum nächsten Mal.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist der Kollege Patrick Grossmann von der CSU-Fraktion.

Patrick Grossmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! – Lieber Kollege Harry Scheuenstuhl, herzlichen Dank für die Steilvorlagen, die Sie mir jetzt geliefert haben. Wenn einer von Untätigkeit strotzt, dann ist es doch Ihr Bundesgesundheitsminister, Herr Prof. Lauterbach.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Liebe Kollegen von der SPD

(Anna Rasehorn (SPD): Und Kolleginnen!)

– und Kolleginnen –, fällt Ihnen zum kommunalen Finanzausgleich eigentlich nichts Besseres ein, als den Forderungskatalog der kommunalen Spaltenverbände einfach einmal so abzuschreiben?

(Zuruf von der SPD: Weil er richtig ist!)

Dabei gehen die finanziellen Probleme der kommunalen Familie zu über 90 % auf die Bundesregelungen zurück. Die Misere unserer kommunalen Familie geht zu über 90 % auf die Bundesregelungen zurück.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der SPD: Oh!)

Das sind überbordende Regulierungen im Sozialbereich, die vor allem die Handschrift der SPD tragen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Vor allem die Bezirke sind in erster Linie davon betroffen.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Der Bund hat beispielsweise zwar die Kosten für die Eingliederungshilfe in Höhe von 5 Milliarden Euro bereitgestellt, eine seit Jahren geforderte Dynamisierung unterbleibt jedoch bei gleichzeitig sehr hoher Inflation in den letzten Jahren. Die Ampel plant zudem die Zusammenführung der Jugendhilfe mit der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Damit werden in Bayern statt der bisher zuständigen sieben Bezirke 96 örtliche Träger der Jugendämter für diese Aufgabe zuständig. Das bedeutet wiederum 15 bis 20 % mehr Personalkosten, aber wir haben es ja. Die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe an den Landratsämtern explodieren.

(Anna Rasehorn (SPD): Ja!)

Die Schulbegleitungen von Kindern mit Behinderung im Verhältnis 1 : 1 sind aufgrund der finanziellen Lage heute doch nicht mehr verhältnismäßig. Teilweise befinden sich zwei oder drei Schulbegleiter in nur einer Klasse, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gemeinden und Städte stehen im Bereich der Kindergärten und Schulen vor enormen Investitionen. Nach dem Rechtsanspruch auf Krippenplätze hat die Große Koalition auf Ihren Wunsch hin den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen eingeführt.

(Anna Rasehorn (SPD): Zu Recht!)

Die Investitionskosten trägt wieder übermäßig der Freistaat. Wie reagiert die SPD? – Statt die Ursachen zu beheben, die – wie aufgeführt – überwiegend Gesetzgebungen des Bundes betreffen, sollen diese Probleme pauschal mit Geld aus Bayern gelöst werden. – Ja, das ist einfach.

Eine Erhöhung der Verbundquote auf 15 % in Verbindung mit der von Ihnen vorgeschlagenen Änderung des Finanzierungsanteils bei den Krankenhausinvestitionen bedeutet Mehrausgaben für den Freistaat in Höhe von circa 1,4 Milliarden Euro. Und die Gegenfinanzierung, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD? – Fehlanzeige. Gleichzeitig beschert uns die Ampel heute die Quittung; Kollege Dierl hat es gesagt. Wir müssen mit Steuermindereinnahmen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro nur für die Länder rechnen. Dazu kommen Rückzahlungen der Länder an die Bundesregierung aus der Volkszählung im Rahmen des Zensus, weitere 500 Millionen Euro plus 300 Millionen Euro pro Jahr weniger ab nächstem Jahr.

Es gibt Mehrkosten im Doppelhaushalt im Bereich der Migration; das sind für den Doppelhaushalt allein knapp 1 Milliarde Euro und insgesamt 3 Milliarden Euro für den Freistaat pro Jahr. Dabei übernimmt der Freistaat Bayern als einziges Bundesland für die Kommunen die vollen Kosten für die Unterkunft. Wenn das keine Wertschätzung ist, lieber Kollege Harry Scheuenstuhl, dann weiß ich auch nicht mehr.

(Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Das reicht aber nicht!)

Liebe Kollegen, lassen Sie mich eines sagen: Die Zeit, derartige soziale Aufwüchse pauschal mit Geld zuzuschütten, ist einfach vorbei. Das müssen wir einmal ehrlich sagen. Wir müssen die ungebremsten Sozialausgaben begrenzen

(Anna Rasehorn (SPD): Sie müssen gelöst werden!)

und die strukturellen Änderungen, wie zum Beispiel bei der angesprochenen Kinder- und Jugendhilfe oder bei den baulichen und personellen Mindestanforderungen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen, einfach durchführen. Solche Lösungen braucht unser Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir werden unsere Kommunen nicht im Regen stehen lassen, aber Ihr plumper Antrag ist abzulehnen, liebe Kollegen von der SPD. Der Bayerische Landtag sollte den Spitzengesprächen zum kommunalen Finanzausgleich nicht vorgreifen; denn sie werden schwer genug.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Grossmann. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Der SPD-Dringlichkeitsantrag heißt "Kitas, Schulen, Busse, Krankenhäuser – Bayerns Kommunen am Limit: mehr Finanzmittel jetzt!" – Richtig wäre "Illegaler Masseneinwanderung überfordert Bayerns Kommunen – Remigration jetzt!" oder wahlweise "Keine Geldgeschenke mehr an die ganze Welt!".

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der SPD)

Dieser Antrag ist der blanke Hohn und ein Schlag ins Gesicht eines jeden Steuerzahlers. Der Brandstifter spielt wieder einmal den Feuerwehrmann.

(Widerspruch der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Ihre Ampel-Abrisstruppe in Berlin hat es geschafft, dass sogar das solide Bundesland Bayern in eine finanzielle Schieflage gerät. Leidtragend sind hierbei besonders die Gemeinden, Städte und Landkreise. Was wäre mit 8,5 Millionen Euro möglich gewesen, die für LED-Lampen für Moscheen in Marokko verschwendet wurden? Was wäre mit 58 Millionen Euro möglich gewesen, die für nachhaltige urbane Mobilität in Peru vergeudet wurden? Und was wäre mit 165 Millionen Euro möglich gewesen, die für nachhaltige Stadtentwicklung in Indien verprasst wurden?

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der SPD)

Ihre roten Genossen in Berlin geben fast 70 Milliarden Euro für 8.000 Projekte in 110 Ländern aus plus 50 Milliarden Euro – das sind die Kosten für die illegale Massenmigration –, während bei uns die Dorfstraßen zerbröseln, Kindergärten und Schulen zerfallen und Krankenhäuser und Schwimmbäder geschlossen werden. Wir sagen: Nein, deutsches Steuergeld für deutsche Kommunen.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Schluss mit den Zahlungen ans Ausland. Entwicklungshilfe nur noch für unsere Städte und Gemeinden!

(Beifall bei der AfD)

Sie haben keine Heimatliebe. – Wir lehnen Ihren populistischen Antrag ab.

(Beifall bei der AfD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Versager! Kein Wort zum Antrag! – Weitere Zurufe von der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Lieber Kollege Scheuenstuhl, eigentlich hatte ich von jemandem, der 34 Jahre in der Kommunalpolitik durchaus erfolgreich tätig war, etwas anderes als so eine Büttenrede erwartet. Was Sie hier geboten haben, hat mit Kommunalfinanzen wenig zu tun. Dr. Lauterbach, Prof. Lauterbach! Ich weiß, Sie wären gerne in den Bundestag eingezogen, aber das sind Sie nun einmal nicht, aber wenn Sie hier anstatt über Kommunalfinanzen über Karl Lauterbach reden, dann halte ich es mit Wolfgang Krebs: Sie hatten die falsche Rede dabei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich achten wir FREIE WÄHLER und auch die CSU – und nicht erst seit Ihrem Antrag – die Arbeit der Kommunalpolitiker; denn fast alle von uns gehören kommunalen Parlamenten an und waren teilweise so wie Sie in Verantwortung als Bürgermeister oder Landrat. Ich selbst bin seit 29 Jahren Mitglied im Kaufbeurer Stadtrat, und ich sage Ihnen auch, dass die finanziellen Herausforderungen der letzten beiden Jahre kaum mit irgendetwas zuvor vergleichbar waren, vielleicht mit den Jahren 2003/2004. Was haben 2003 und 2004 jetzt mit 2023/2024 zu tun? – Komischerweise regierte beide Male die SPD. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie nicht nur sagen, die Einnahmen stagnieren, sondern dass Sie es auch benennen und sich einmal im Namen der von Ihnen geführten Bundesregierung bei den Städten und Gemeinden dafür entschuldigen, dass die Steuereinnahmen stagnieren, und das Ganze nur wegen Ihrer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ursachen benennen, Herr Kollege Scheuenstuhl, und ehrlich sein, das kann man von jedem Abgeordneten in diesem Haus erwarten. Tatsächlich haben wir momentan ein Einnahmenproblem. Wir haben aber auch ein Ausgabenproblem, und hier haben Sie ein Beispiel angesprochen, den Ganztag. Ja, dieser wird nächstes Jahr noch härter auf uns zukommen. Und wer hat den Ganztag beschlossen? – Da waren Sie mit in der Regierung.

(Anna Rasehorn (SPD): Sie auch!)

– Ja, den hat auch die Union beschlossen, aber Sie hätten jetzt drei Jahre Zeit gehabt, um auf die derzeitigen Verhältnisse einzugehen und sich einmal einzustehen, dass wir das in dieser Form wirtschaftlich nicht umsetzen können. Einmal ehrlich sein! Dann reden Sie noch von Kindergrundsicherung und davon, hier und dort noch etwas draufzupacken. Wie wollen Sie diesen Staat am Laufen halten, wenn Sie ständig ein Bash-ing gegenüber den Leistungsträgern betreiben,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

aber dafür die Sozialausgaben immer mehr erhöhen, mein lieber Herr Kollege Taşdelen? Mein lieber Herr Kollege Taşdelen, das ist Sozialismus und nichts anderes! Wozu Sozialismus führt, haben wir im letzten Jahrhundert eindrucksvoll erleben müssen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Einen Satz noch zu den Damen und Herren rechts außen: Ich finde es perfide, wenn ausgerechnet Sie irgendwem anderen die Schuld daran geben, dass Kassen leer sind. Dann frage ich Sie einmal: Was kostet den Westen der verbrecherische Angriffs-krieg Ihres Freundes Wladimir Putin? – Den rechne ich euch eins zu eins zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Sie sind die fünfte Kolonne Moskaus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege Pohl?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein, danach gerne, aber jetzt nicht.

So, kommen wir jetzt doch einmal zu möglichen Lösungen. Ja, die Lösungen liegen auf dem Tisch, aber das sind keine bequemen Lösungen. Wir haben jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt. Die Ampel ist nicht an allem schuld, aber die Ampel war der Katalysator. Die Ampel hat die Probleme, die vorher durchaus schon angelegt waren – man muss nicht drum herumreden –, durch eine industriefeindliche Politik massiv verschärft. Hier schaue ich insbesondere zu den GRÜNEN. Ich sage nur Verbrenner-Aus und Automobil-Bashing.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

– Ja, selbstverständlich, ja, ich weiß, Frau Kollegin, Sie sind die Wirtschaftsexpertin, aber das müssen Sie sich jetzt auch einmal sagen lassen. Sie haben jahrelang Bashing gegen die Wirtschaft betrieben. Die Sozialdemokraten haben sich auch ihrer einstmals großen Verantwortung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer entledigt, sind den GRÜNEN hinterhergelaufen und haben von einer besseren Welt geträumt, aber dabei vergessen, wer die Steuereinnahmen erwirtschaftet. Das fällt uns jetzt auf die Füße.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was müssen wir jetzt tun? Hier sind alle gefordert. – Wir müssen die überzogenen Ansprüche und Standards reduzieren. Dabei wird es um Details gehen. Hier wird es nicht nur darum gehen zu sagen, die Standards sind zu hoch. Nein, hier muss man ans Eingemachte gehen. Wir haben heute einen Termin mit dem Präsidenten des Bezirkstags von Oberbayern gehabt. Der Termin war gut, aber wir müssen jetzt nicht nur reden, sondern die Stellschrauben verändern. Hier wird es Einschränkungen und Einsparungen, gerade auch im sozialen Bereich, geben. Man wird auch fragen müssen, liebe Kollegen von den GRÜNEN, was wirklich zielführend in der Klimapolitik, was wirklich notwendig in der Umweltpolitik und was wirtschaftsfeindlich ist, was Wachstum behindert und wo wir umsteuern müssen,

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

damit wir dieses Land am Laufen halten und nicht gegen die Wand fahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir, die Regierungskoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU, sind uns unserer finanziellen Verantwortung zunächst einmal gegenüber dem Freistaat sehr bewusst.

Herr Kollege Scheuenstuhl, als Mitglied des Haushaltsausschusses hätte ich von Ihnen wenigstens einen Satz zu den Staatsfinanzen erwartet. Immerhin sitzen Sie im Haushaltsausschuss und haben hier eine entsprechende Funktion. Wir sind aber auch als Treuhänder der Kommunen den Kommunen verpflichtet. Wir werden sie nicht im Regen stehen lassen. Wir werden gemeinsam und solidarisch aus dieser Krise herauskommen – das prophezeie ich jetzt –, hoffentlich in einem Jahr mit einer Bundesregierung, die anpackt, die die Probleme erkennt und die dieses Land wieder auf die Reihe kriegt.

Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Striedl, AfD-Fraktion.

Markus Striedl (AfD): Herr Kollege Pohl, Sie haben uns gefragt, was uns denn der Angriffskrieg unseres Freundes, des Russen, kostet. Wissen Sie, was ich immer sage? – Sie haben den Scheiß finanziert. Sie haben bis einen Tag vor Beginn des Krieges dort drüben Gas gekauft. Sie haben Geld hineingebuttert, sind mit dem Köfferchen hinübergeflogen und haben auf heile Welt gemacht, und jetzt kommen Sie daher, nachdem Sie über Jahrzehnte Abermilliarden in Russland hineingepumpt haben, weil man zu geizig war, das Gas in Marokko oder sonst wo zu kaufen, weil es einfach und billig war und man brav schöne Welt gemacht hat. Dann kommen Sie und sagen, wir

hätten das verursacht. Hier können Sie sich einmal schön an den Rüssel fassen, Herr Pohl.

(Beifall bei der AfD)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Würden Sie auf der anderen Seite dieses Hauses sitzen, würde ich fragen, ob Cannabis Ihre Sinne vernebelt hat. In welcher Verantwortung waren ich oder die FREIEN WÄHLER gegenüber Russland gestanden, dass wir in der Lage gewesen wären, russisches Gas zu kaufen? Das muss ich schon einmal fragen. Das sind doch billige Ablenkungsmanöver! Sie haben doch zwei Sekundanten zur Wahl Putins geschickt. Ja, Herrschaftszeiten! Sind Sie denn nicht einmal in der Lage, sich hinzustellen und hier wenigstens zu sagen, Putin betreibt einen verbrecherischen Angriffskrieg, wir distanzieren uns davon, und es gibt das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine? Nicht einmal dazu sind Sie fähig. Sie schwadronieren davon, dass dieses Land von den USA besetzt sei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich habe die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Dass die Union nichts von Geld und Wirtschaft versteht, das wissen wir spätestens seit der Maut, die die Steuerzahler 240 Millionen Euro gekostet hat.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich erinnere außerdem an die Maskengeschäfte, die über 2 Milliarden Euro gekostet haben. Herr Kollege Pohl, dass Sie nichts von Wirtschaft verstehen, wissen wir spätestens seit heute. Wer sagt, er wolle keinen Ganztag, wer hoch qualifizierte Frauen zu Hause lässt, der schadet der deutschen Wirtschaft. Herr Pohl, das sind doch Vorstellungen aus dem vorigen Jahrhundert. Wollen Sie uns hier "verpöhnen"?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt kommen Sie noch daher und wollen in der Wirtschaftskrise sparen, wie einst Heinrich Brüning. Sie wollen jetzt kräftig an der Deflationsschraube drehen. Bitte bleiben Sie zu Hause oder bei Adam Smith oder im 19. Jahrhundert. Herr Pohl, moderne Wirtschaftspolitik sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Pohl, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege von Brunn, wie habe ich Sie vermisst!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Ökonomieexperte schlechthin.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der AfD)

Ich möchte Ihnen ein Zitat von Franz Josef Strauß vortragen, das ich schon einmal verwendet habe: Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Sozialdemokrat etwas von Haushaltspolitik versteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Andreas Birzele für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Birzele.

Andreas Birzele (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute über einen Antrag, der von entscheidender Bedeutung für das zukünftige Zusammenleben in Bayern ist. Der Antrag adressiert eines der größten Probleme, vor denen unsere Kommunen heute stehen, nämlich den zunehmenden Druck auf ihre Finanzen und damit auf ihre Fähigkeit, eine soziale, nachhaltige und lebenswerte Infrastruktur für die Menschen vor Ort bereitzustellen.

Fakt ist doch: Wenn die kommunalen Finanzen derart Schlagseite bekommen, wie das aktuell der Fall ist, bleibt wenig Spielraum für die zukünftige Gestaltung vor Ort. Statt als Gestalter vor Ort aktiv zu sein, werden die Kommunen immer mehr zu reinen Verwaltern. Genau das ist es doch, was wir hier alle nicht wollen. Genau das ist es auch, was die Bürgerinnen und Bürger draußen nicht von uns erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich gut funktionierende Schulen, einen gut ausgebauten ÖPNV, ausreichende Pflegeangebote und moderne Krankenhäuser, kurz: eine intakte Infrastruktur. Doch genau diese ist massiv gefährdet. Die Kosten steigen in nahezu allen Bereichen, sei es in der Pflege, im sozialen Bereich, bei der Jugendhilfe oder bei der Ganztagsbetreuung. Hinzu kommen die stetig steigenden Anforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt, so zum Beispiel die Maßnahmen für den Hochwasserschutz.

Was hört man aus den Kommunen, wenn man mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern redet? – Sie haben einfach keine Mittel mehr, um all die Aufgaben zu stemmen. Freiwillige Leistungen werden immer öfter gestrichen, um einen ansatzweise genehmigungsfähigen Haushalt zu erzielen. Als ob das nicht reichen würde, stehen jetzt sogar schon die Pflichtaufgaben zur Disposition.

Kolleginnen und Kollegen, was passiert, wenn wir diese Entwicklungen so weiterlaufen lassen? – Richtig, wir verlieren den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Menschen werden das Vertrauen in die Politik und in die kommunale Selbstverwaltung verlieren. Genau das ist der Nährboden, auf dem extremistische Kräfte wie die AfD leichtes Spiel haben; sie profitieren von sozialer Unsicherheit, von der Angst vor dem Versagen der staatlichen Strukturen. Jede Gemeinde, die in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird, ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die unsere Demokratie schwächen wollen. Unsere Aufgabe in diesem Parlament ist es daher, dafür zu sorgen, dass diese Spirale gar nicht erst in Gang gesetzt wird. Wir dürfen nicht zulassen,

dass soziale Standards abgesenkt werden, dass notwendige Leistungen gekürzt werden und die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen gefährdet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es geht um nichts Geringeres als um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Deshalb eine kleine Zusammenfassung unserer Forderungen:

Erstens. Wir GRÜNE haben im letzten Jahr gegen den Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER auf ein Verbot der Bettensteuer gestimmt. Dieses Verbot hindert Kommunen daran, dass sie direkt am Tourismus beteiligt werden.

Zweitens, die Entbürokratisierung der kommunalen Förderprogramme.

Drittens, eine bessere Unterstützung für finanzschwache Kommunen, mehr Geld und flexiblere Zugangsvoraussetzungen zu staatlichen Finanzhilfen.

Viertens. Entschädigen Sie endlich die Landkreise für die Übernahme staatlicher Aufgaben, die sie mit kommunalen Mitteln finanzieren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Freistaat Bayern hat nach Artikel 83 die verfassungsrechtliche Verpflichtung, seine Kommunen angemessen auszustatten. Eine Anhebung der Verbundquote auf 15 % würde den Kommunen circa 1,5 Milliarden Euro zusätzlich bringen, die sie so dringend benötigen. Auch die Senkung des Krankenhausfinanzierungsanteils ist unverzichtbar, weil viele Krankenhäuser bereits jetzt mit dem Rücken zur Wand stehen. Daher meine Bitte: Stimmen Sie diesem Antrag zu. Sie brechen sich da keinen Zucken aus der Krone. Nur so können wir dem Extremismus den Nährboden entziehen und eine gerechte, soziale und nachhaltige Zukunft für die Menschen in Bayern sichern. Eines ist klar: Wenn Sie so weitermachen wie bisher, können wir darauf warten, bis es die erste Kommune in Bayern zerreißen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Birzele, mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Harry Scheuenstuhl von der SPD-Fraktion vor.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Zu dem, was heute hier erwähnt worden ist, kann ich Folgendes sagen: Wären wir nicht in der Regierung und würden solche Behauptungen wie die Bezirke aufstellen, dann müssten wir uns etwas vorhalten lassen. Aber das ist ein Hilferuf. Stimmen Sie mir zu, dass das ein Hilferuf der Kommunen und der Menschen ist, die Hilfe brauchen? Das ist meine erste Frage.

Andreas Birzele (GRÜNE): Ja, absolut.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Man kann das doch nicht so wegwischen, wie das Herr Pohl getan hat, nach dem Motto: Es ist mir egal, was den armen Menschen da draußen passiert. – Das ist unsozial.

Nun zur AfD: 40 % der Menschen in unseren Großstädten, insbesondere in München, haben einen Migrationshintergrund. Die abfällige Art und Weise, wie hier über Migranten gesprochen wird, ist – ich spare mir jetzt das Wort – nicht parlamentarisch.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Scheuenstuhl. Ihre Redezeit ist zu Ende. – Herr Birzele, bitte.

Andreas Birzele (GRÜNE): Volle Zustimmung von meiner Seite. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Ich möchte auch keine Wählerinnen- und Wählerstimmen in die Arme der Staatsregierung treiben, aber ich glaube: Würden Sie diesem Antrag zustimmen, würden Sie draußen viele Punkte gewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Martin Schöffel das Wort.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzlage bei den Städten, den Gemeinden, den Landkreisen, den Bezirken und dem Freistaat ist ernst, wenn wir uns die aktuelle Steuerschätzung ansehen. Die Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich beginnen nicht in der nächsten Woche, sondern sie haben schon lange begonnen. Die Gespräche zwischen der Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden laufen seit vielen Runden.

Lieber Herr Kollege Scheuenstuhl, eines möchte ich an dieser Stelle feststellen: Wer dieses ernste Thema, bei dem es um so wichtige Punkte wie die Handlungsfähigkeit der Kommunen vor Ort geht, in einer solchen Büttenrede abhandelt, wie Sie das getan haben, der befindet sich am Rande der Heuchelei. Sie konnten ja kaum das Lachen bei Ihrer eigenen Rede halten. Sie haben auch jegliche Verantwortung abgelehnt und am Ende Herrn Kollegen Pohl und den anderen Rednern der Koalition unterstellt, sie würden die Probleme von sich weisen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das stimmt ja auch!)

Was Ihr Fraktionsvorsitzender zu den Kommunalfinanzen sagt, erscheint in einem völlig anderen Licht, wenn Sie mit diesen Themen so unsachlich umgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Harry Scheuenstuhl (SPD):
Sie lassen die Kommunen im Regen stehen!)

In der Runde am 4. November wird es um all die Themen gehen, die heute angesprochen worden sind. Es wird auf der einen Seite um die schwierige Finanzlage von Staat und Kommune und auf der anderen Seite um die Möglichkeit von Steigerungen beim kommunalen Finanzausgleich gehen. Im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung ist aber auch eine Schuldenbremse festgeschrieben, sodass unsere Möglichkeiten begrenzt sind.

Sie sagen, die Schulden der Kommunen müssten auf anderen Ebenen bezahlt werden. Ich sage Ihnen: Der Bund muss seine Schulden bei den Kommunen für die Unterbringung der Flüchtlinge, die Krankenhausdefizite und für die Ganztagsregelungen bezahlen, die Sie in Berlin beschlossen haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da kommt nicht nur immer weniger, sondern nichts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie stellen im Bund sogar die zuständigen Minister, beispielsweise für Inneres und für Soziales sowie den Gesundheitsminister, der genau dafür verantwortlich ist, dass die Gelder in diesen wichtigen Punkten wie Flüchtlingskosten oder Krankenhausfinanzierung ständig zurückgehen und die Kommunen auf diesen Kosten sitzen bleiben. So kann man doch ernsthaft, Kollege Scheuenstuhl,

(Zuruf)

mit den Dingen hier nicht umgehen. Sie müssen doch – die SPD regiert in Deutschland seit 1998 – mit diesen Dingen einmal vernünftig verfahren.

Ich will Ihnen an dieser Stelle erstens drei Zahlen sagen, die wichtig sind. Aus dem Staatshaushalt gehen über 29 % an die Kommunen. Das sind über 21 Milliarden Euro. Die Leistungen an die Kommunen sind in den letzten zehn Jahren um 73 % gestiegen, während der Staatshaushalt um 47 % gestiegen ist. Das zeigt Kommunalfreundlichkeit und Unterstützung in allen Bereichen.

Zweiter Punkt. Die Investitionsquote in den bayerischen Kommunen liegt mit 23,4 % so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Der Schnitt liegt in den deutschen Bundesländern bei 16 %, in Nordrhein-Westfalen bei 12,7 %. Eines muss man zumindest klarstellen, nämlich dass wir noch in der Lage sind, in die Zukunft zu investieren. Das sind die Zahlen vom letzten Jahr, und es gibt auch in diesem Jahr eine hohe Investitionsquote.

Dritter Punkt. Die Kassenkredite bei unseren Kommunen betragen 49 Euro pro Einwohner. In Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz liegen sie bei über 1.000 Euro pro Einwohner. Das ist Ihre Verantwortung, die Sie in den Jahren aufgehäuft haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen mit den Dingen verantwortungsvoll umgehen. Es muss vor allem in Berlin aufhören, dass ständig neue Beschlüsse gefasst werden, die nach unten durchgereicht werden und die am Ende den Freistaat und die Kommunen vor unlösbare Aufgaben stellen und unsere Haushalte und die Haushalte der Kommunen massiv unter Druck setzen. Wir müssen am Ende sehen, was wir unter diesen Rahmenbedingungen, unter diesen Steuereinnahmen, unter diesen Ausfällen bei der Steuerschätzung auf den Weg bringen. Aber dass wir in dieser schwierigen Situation mit um 58 Milliarden Euro zurückgehenden Steuereinnahmen sind, das ist auf Ihre, auf die rot-grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückzuführen. Sie müssen sich im Grunde bei den Menschen in Deutschland entschuldigen, dass Sie das Land in eine Rezession geführt haben, was uns an allen Ecken und Enden in Schwierigkeiten bringt.

(Zuruf)

Die Staatsregierung wird den Nachtragshaushalt und den kommunalen Finanzausgleich noch im Dezember vorlegen, und dann können wir über die Dinge, ich hoffe, in Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit, weiter diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Da die Einladungszeit von 18 Uhr bereits überschritten ist, werden wir den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 19/3720, in der nächsten Plenarsitzung abstimmen.

Ich darf Ihnen jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekannt geben. Das Thema war "Menschen und Umwelt schützen, Klimaschutz ernst nehmen: Baurecht für 3. Start- und Landebahn am Flughafen München endgültig politisch beerdigen!", Drucksache 19/3719. Mit Ja haben 33 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 94 gestimmt, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/3721 mit 19/3723 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Vielen Dank für die engagierte Debatte. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:23 Uhr)



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)

Drs. 19/3720

**Kitas, Schulen, Busse, Krankenhäuser – Bayerns Kommunen am Limit:
mehr Finanzmittel jetzt!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD) betreffend "Kitas, Schulen, Busse, Krankenhäuser - Bayerns Kommunen am Limit: mehr Finanzmittel jetzt!" (Drs. 19/3720)

Über diesen Dringlichkeitsantrag konnten wir in der letzten Plenarsitzung am 24. Oktober 2024 aus Zeitgründen nicht mehr abstimmen. Ich stelle diesen Dringlichkeitsantrag daher jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kitas, Schulen, Busse, Krankenhäuser – Bayerns Kommunen am Limit: mehr Finanzmittel jetzt!" auf Drucksache 19/3720 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

Vor dem Aufruf des Tagesordnungspunkts 4 möchte ich Sie darauf hinweisen, dass wir unter den Tagesordnungspunkten 5 und 6 wieder zwei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel haben. Ich bitte Sie daher, Ihre Stimmkartentasche aus dem Postfach vor dem Plenarsaal abzuholen, sofern dies noch nicht geschehen ist.